

**Dr. Verena Di Pasquale**  
**stellvertretende Vorsitzende des DGB Bayern**



## **Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit**

### **Rede am 01. Mai 2018 in Bayreuth**

|                            | <b>Seite</b> |
|----------------------------|--------------|
| Erfolge der Gewerkschaften | 2            |
| Rente                      | 3            |
| Ungleichheit               | 5            |
| Arbeitsmarkt               | 6            |
| Lohndiebstahl              | 9            |
| Arbeitszeit                | 10           |
| Steuerpolitik              | 11           |
| Bildung                    | 12           |
| Wohnen                     | 13           |
| Betriebsratswahlen         | 15           |
| Demokratie                 | 16           |

**Es gilt das gesprochene Wort**

**Sperrfrist: Beginn der Rede um 10.30 Uhr**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich freue mich, unseren Tag der Arbeit mit euch hier in Bayreuth zu feiern. Der 1. Mai ist ein besonderer Tag. Aber wir setzen uns nicht nur heute, sondern an jedem Tag für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten ein. Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit sind für uns keine Worthülsen, sondern sind unser Ansporn.

Wir machen uns stark für die Rechte der arbeitenden Menschen.

Ich sage euch, wann wir dabei erfolgreich sind: Wir sind immer dann erfolgreich, wenn wir uns gemeinsam für unsere Ziele einsetzen.

Gibt es dafür Beispiele? Der Mindestlohn ist ein gutes Beispiel. Seit drei Jahren gibt es ihn und fest steht, rund vier Millionen Beschäftigte profitieren von ihm bundesweit.

Und es gibt noch mehr Erfolge: Ob Kündigungsschutz, Verkürzung der Arbeitszeiten, Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Mitbestimmung in den Betrieben oder auch die Beteiligung am wirtschaftlichen Wohlstand durch Tarifpolitik. Das alles haben wir gemeinsam geschafft!

Wir wissen aber auch ganz genau, dass wir uns auf dem, was wir erreichen, nicht ausruhen können.

Sei es, dass es uns längst noch nicht reicht, weil wir mehr wollen und mehr brauchen.

Sei es, dass das, was wir erkämpft haben, allzu schnell wieder in Frage gestellt wird.

Mit der Rentenkampagne des DGB ist es uns beispielsweise gelungen, die Frage der Sicherung des Lebensstandards im Alter auf die politische Tagesordnung zu setzen. Wir haben erreicht, dass das Rentenniveau zumindest bis 2025 stabilisiert wird. Das ist unser Erfolg!

Doch warum können wir damit längst nicht zufrieden sein?

Weil es nicht reicht! Jetzt das Rentenniveau zu stabilisieren kann nur ein kleiner erster Schritt sein! Da muss noch mehr kommen!

Der Rentenreport des DGB Bayern zeigt: Hier in Bayreuth erhalten Männer, die erstmals in Rente gehen, im Durchschnitt 888 Euro. Die Frauen kommen auf eine Altersrente von gerade mal 640 Euro. Das sind Durchschnittswerte. Das heißt, es gibt auch durchaus höhere Renten, aber eben viele, die noch weniger bekommen. Wie sollen Menschen ohne weiteres Einkommen oder Vermögen damit über die Runden zu kommen?

Ich sage es euch: Gar nicht!

Wer von euch kennt nicht die Bilder von Pfandflaschen sammelnden Älteren und denen, die in den Tafeln anstehen?

Das ist würdelos und ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft.

Das zeigt: Wir brauchen eine gesetzliche Rente, die für ein gutes Leben im Alter reicht!

Auch bei der Erwerbsminderungsrente sieht der Koalitionsvertrag Verbesserungen durch verlängerte Zurechnungszeiten vor. Und auch das ist ein Erfolg von uns.

Aber auch hier gilt: Es reicht nicht! Denn die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente müssen auch für all die gelten, die jetzt schon diese Rente beziehen. Nicht nur für die, die neu hinzukommen!

Auch die Abschläge gehören abgeschafft. Niemand scheidet freiwillig erwerbsgemindert aus der Arbeit aus, sondern weil er oder sie einfach nicht mehr kann.

Das machen wir nicht mit! Wir stehen ein für Solidarität in der Gesellschaft. Und das heißt: Weg mit den Abschlägen!

Und es kommt ja noch viel schlimmer: Denn schon heute schafft es die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gar nicht, bis zur Regelaltersgrenze sozialversicherungspflichtig zu arbeiten.

Sicher, es stimmt, dass das die Menschen im Durchschnitt länger arbeiten als noch vor einigen Jahren.

Nur: Sie schaffen es noch immer nicht bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter. Der Durchschnitt liegt in Bayern bei 64 Jahren. Das zeigt klar und deutlich, dass die Rente mit 67 eine Fehlentscheidung ist.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss die Rente mit 67 weg!

Es muss noch viel mehr passieren, damit nicht immer mehr Menschen in die Altersarmut fallen.

Dafür brauchen wir eine starke gesetzliche Rentenversicherung. Und das heißt: Wir brauchen einen Kurswechsel in der Rentenpolitik! Und zwar jetzt!

Denn eines ist klar: Ob Jung oder Alt, wir alle wollen eine Rente, die für ein gutes Leben reicht!

Wie schaffen wir das?

Wir schaffen das mit den vier zentralen Forderungen des DGB:

1. eine deutliche Erhöhung des Rentenniveaus,
2. eine stärkere Anerkennung von Pflege und Erziehungszeiten,
3. eine bessere Absicherung von Niedriglohnbeschäftigten und
4. flexible und sozial abgesicherte Übergänge von der Arbeit in die Rente.

Wer jetzt sagt, dass das alles nicht geht, dem sagen wir:

Der DGB hat ein Rentenkonzept durchgerechnet, das zeigt: finanzierbar ist es!

Was brauchen wir dazu, dass es umgesetzt wird?

Wir brauchen die Politik! Hier rennen wir keine offenen Türen ein. Das geht nur, wenn wir Druck machen! Und zwar alle gemeinsam! Und das werden wir auch tun.

Ein wichtiger Ort dafür ist die von der Regierungskoalition geplante Rentenkommission.

Anrede

Es ist unsere Aufgabe, die sozialen Missstände in unserer Gesellschaft zum Thema machen.

Es ist unsere Aufgabe, Vorstellungen von Guter Arbeit zu entwickeln.

Es ist unsere Aufgabe, uns für eine gerechte, solidarische Gesellschaft einzusetzen.

Und es ist unsere Aufgabe, Lösungen zu finden und diese auch durchzusetzen.

Unser Ausgangspunkt ist der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Denn auch wenn sich die Arbeitsgesellschaft stark verändert hat, ist es noch immer so, dass wir abhängig Beschäftigten von unserer Arbeitskraft und dem Entgelt, das wir daraus erhalten, leben müssen.

Wir Beschäftigte verfügen eben nicht über die Produktionsmittel. Wir Beschäftigte brauchen eine gute Arbeit mit einer guten Bezahlung, denn das ist die Basis. Wir brauchen das für uns und unsere Familie. Dafür engagieren sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften in den Betrieben und Verwaltungen ebenso wie auf der politischen Ebene.

Anrede

Im Oktober ist Landtagswahl. Auch da steht das Soziale für uns im Mittelpunkt. Denn wir erleben, dass die Ungleichheit in diesem reichen Land zunimmt.

Das war nicht immer so. Aber mit der neoliberalen Politik in diesem Land hat sich das geändert.

Der „Weltreport über Ungleichheit“ bescheinigt Deutschland eine stetig zunehmende Ungleichheit. Immer weniger Menschen profitieren von der erfolgreichen deutschen Wirtschaft. Die Einkommen sind aktuell so ungleich verteilt wie im Jahr 1913.

Das reichste Zehntel der Bevölkerung kann mehr als 40 Prozent des Gesamteinkommens auf sich vereinen.

Demgegenüber erhält die einkommensärmere Hälfte in Deutschland gerade einmal 17 Prozent der Einkommen.

Das ist das gleiche Gefälle wie vor 100 Jahren!

Natürlich gibt es im Unterschied zu damals beispielsweise die Sozialversicherungssysteme und staatliche Umverteilung.

Haben wir denn in den 100 Jahren nichts dazugelernt?

Muss das so sein?

Ich sage: Nein, muss es nicht!

In den 60er und 70er Jahren war die Differenz zwischen oben und unten schon mal kleiner. Allerdings dreht sich die Richtung seit den 90er Jahren wieder.

Doch welche Gründe gibt es dafür?

Da fallen mit sofort die zahlreichen Steuersenkungen ein. Allerdings kommen die den Reichen und Vermögenden zu Gute. Ein weiterer wichtiger Grund ist, dass wir mehr und mehr prekäre Arbeit und solche mit niedrigem Einkommen haben.

Schauen wir auf den Arbeitsmarkt. Was erkennen wir da?

Wir sehen eine große Unordnung.

Wir hören aber auch allmonatliche Jubelmeldungen über nie dagewesene Höchststände an Beschäftigung. Hören wir nicht richtig zu? Sehen wir schlecht?

Nein, aber wir lassen uns keinen Sand in die Augen streuen!

Bei den neuen Höchstständen an sozialversicherungspflichtigen Jobs machen wir immer wieder klar, dass das nur eine Seite der Medaille ist.

Auf der anderen Seite der Medaille sehen wir, dass parallel dazu auch die prekäre Beschäftigung von Spitzenwert zu Spitzenwert steigt.

Was ist die Folge davon?

Die Folge ist: Es entsteht immer mehr unsichere und oft schlecht bezahlte Arbeit. Arbeit, von der die Menschen nicht leben können und die ihnen keine Zukunftsperspektive gibt.

Werfen wir mal einen genaueren Blick auf eure Stadt:

Hier in Bayreuth gibt es rund 54.000 abhängig Beschäftigte. In den letzten 10 Jahren sind knapp 9.000 Arbeitsverhältnisse dazu gekommen. Das klingt doch erst mal gut, oder?

Doch lasst uns mal genau hinschauen, was für eine Beschäftigung hier entsteht. Ich sage euch, es sind etwa 6.500 sogenannte atypische Beschäftigungsverhältnisse. Diese Leute arbeiten in Teilzeit, Leiharbeit oder in Minijobs.

Ist das die Gesellschaft, in der wir leben wollen?

Ich sage euch: Nein!

Mittlerweile arbeitet fast jeder Zweite hier in Bayreuth in Leiharbeit, Teilzeit oder ausschließlich im Minijob.

Obendrein hat sich auch die Zahl derjenigen, die neben ihrer Hauptarbeit noch nebenberuflich einem Minijob nachgehen, in den letzten 10 Jahren nahezu verdoppelt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Grund hierfür Langeweile oder Selbstverwirklichung ist.

Nein, die Menschen können mit dem, was sie verdienen, einfach nicht mehr leben!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das alles ist doch keine Erfolgsstory. Nein, das ist ein Armutszeugnis! Das müssen wir ändern!

Es ist doch auch paradox, wenn die Bayerische Staatsregierung in ihrem Sozialbericht schreibt: „In Bayern herrscht Vollbeschäftigung“. Warum ist das paradox?

Vielleicht liegt es ja daran, dass sich in Bayern auch für Regierungsmitglieder der fehlende Bildungsurlaub bemerkbar macht. Aber ein Blick in die Historie, was Vollbeschäftigung bedeutet, hilft: In Westdeutschland wurde in den Zeiten des Wirtschaftswunders und des Arbeitskräftemangels noch die Ein-Prozent-Marke als Grenze zur Vollbeschäftigung betrachtet. Ende der 1950er Jahre galt nach internationalen Maßstäben Vollbeschäftigung bei einer Arbeitslosenquote von zwei Prozent als prinzipiell erreicht. Zwei bis drei Prozent, das findet sich heute so im Diskurs. Schauen wir mal wo wir in 10 Jahren stehen.

Die Staatsregierung spricht schon von „Vollbeschäftigung“, wenn die Arbeitslosigkeit bei knapp drei Prozent liegt. Nun gibt es ja einige Regionen mit einer Quote zwischen ein und

zwei Prozent. Es gibt aber auch Regionen mit vier bis fünf Prozent. Hier in Bayreuth liegt die Arbeitslosenquote aktuell bei 4,9 Prozent.

Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit!

Denn wenn wir all diejenigen, die beispielsweise in Maßnahmen stecken dazuzählen, insgesamt spricht man hier von der sogenannten Unterbeschäftigung, dann liegt Bayreuth schon bei 7,3 Prozent.

Und wenn wir jetzt noch auf die Frauen blicken, die zwar eine Arbeit haben, aber gerne länger als die in ihrem Vertrag stehenden 15 Stunden arbeiten wollen. Die müssten wir auch noch dazu rechnen. Dann käme diese Teilzeitarbeitslosigkeit auch noch dazu.

Das bedeutet: Von einer flächendeckenden Vollbeschäftigung im Freistaat sind wir noch weit entfernt. Alles andere ist Augenwischerei und lenkt von den realen Missständen ab.

Der Zahl an offenen Stellen stehen noch immer zu viele Menschen ohne Arbeit gegenüber. Um aber diese offenen Stellen zu besetzen, müssen sich auch die Betriebe bewegen. Sie müssen auch denjenigen eine Chance geben, die nicht zu 100 oder gar 150 Prozent ihren Vorstellungen entsprechen.

Gerade jetzt ist der Arbeitsmarkt aufnahmefähig!

Ob ältere Arbeitslose, ob Langzeitarbeitslose: Menschen ohne Arbeit brauchen eine Chance, wieder im Arbeitsleben Fuß fassen zu können. Und hier sind die Arbeitgeber gefragt!

Und den Arbeitslosen, die ohne gezielte Förderung keinen realistischen Ausblick auf einen Arbeitsplatz haben, müssen Brücken gebaut werden. Perspektiven am Arbeitsmarkt entstehen nicht von alleine sondern hier braucht es kluge Investitionen in die Fähigkeiten der Menschen.

Denn eines ist klar:

Wenn den Menschen immer mehr die Grundlage für eine gute Arbeit entzogen wird,



wenn sie nicht genug und auch nicht lange genug verdienen, damit am Schluss auch die Rente reicht, dann müssen wir uns dieser Entwicklung mit aller Macht entgegenstellen. Wer denn auch sonst?!

„Hauptsache billig!“ hat ausgedient!

Nur eine gute Arbeit, mit guter Bezahlung sichert uns ein gutes Leben!

Apropos Bezahlung:

Laut Angaben der Bundesregierung wurden im Jahr 2016 in Deutschland 1,7 Milliarden Überstunden geleistet. 1,7 Milliarden Überstunden, das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen!

Und mehr als die Hälfte davon wird nicht mal bezahlt!

Was bedeutet das in Geld?

Das sind mehr als 20 Milliarden Euro, die den Beschäftigten geklaut wurden! Das nenne ich Lohndiebstahl durch unbezahlte Mehrarbeit.

Da bereichern sich die Arbeitgeber einmal mehr auf Kosten der Beschäftigten.

Ich sage euch: Das geht so nicht! Das muss sich ändern!

Wir wollen gutes Geld für unsere Arbeit und nichts anderes!

Daher müssen wir auch an die Minijobs ran. Der Minijob ist einer der größten Motoren des Niedriglohnsektors. In Bayern liegt der Niedriglohnanteil bei fast 20 Prozent.

Und wen trifft es ganz besonders? Es trifft uns Frauen.

Denn in der Mehrheit sind es Frauen, die von dieser Form prekärer Arbeit betroffen sind. Der Minijob ist eine Armutsfalle. Der Minijob ist eine Sackgasse.

Hier werden falsche Anreize gesetzt! Gerade wir Frauen brauchen die Chance, unsere Existenz aus eigener Kraft sichern zu können. Deshalb brauchen wir keine Minijobs sondern auch und gerade gute Arbeit für uns Frauen!

Dafür müssen auch die Rahmenbedingungen stimmen!

Viele Frauen arbeiten unfreiwillig in kurzer Teilzeit und in Minijobs. Sie würden gerne mehr arbeiten. Doch noch immer zahlen Frauen einen hohen Preis dafür, dass vor allem sie die Kinder erziehen, Mütter und Väter pflegen und den Großteil der Hausarbeit erledigen. Diesen Preis bezahlen sie mit Einkommensarmut, Karrierearmut und Altersarmut.

Was also brauchen wir Frauen?

Wir brauchen eine gute Betreuung für Kinder wie auch für Pflegebedürftige in der Familie.

Wir brauchen eine Aufwertung bei den sogenannten typischen Frauenberufen. Da denke ich zum Beispiel an Erzieherinnen oder Pflegefachkräfte. Hier brauchen wir mehr gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung. Und das muss sich auch in der Bezahlung zeigen.

Und wir brauchen auch vernünftige Arbeitszeiten. Und zwar solche, die sich den Lebensumständen anpassen und nicht umgekehrt.

Und Frauen wie Männer brauchen auch mehr Zeitsouveränität und mehr individuelle Wahlmöglichkeiten, damit Beruf und Privatleben Hand in Hand gehen.

Die erzielten Abschlüsse von IG Metall, IG BCE und EVG sind wegweisend für eine moderne Arbeitszeitpolitik:

Für mehr Flexibilität im Sinne der Beschäftigten.

Für Arbeitszeiten, die zum Leben passen.

Für Arbeitszeiten, die den unterschiedlichen Interessen, Bedürfnissen und Lebensphasen angepasst werden können.

Das ist ein großer Vorteil für die Beschäftigten und ein großer Erfolg für uns Gewerkschaften.

Deshalb ist es wichtig, dass die Regierungskoalition zügig das Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit umsetzt. Wir wollen, dass der Wechsel von Vollzeit zu Teilzeit und umgekehrt gesetzlich festgeschrieben wird.

Die große Koalition will das Thema nun endlich angehen. Aber: Mit Ausnahmen und Quoten für kleine und mittlere Betriebe. Doch mehr Selbstbestimmung darf nicht von der Größe des Betriebs oder dem Wohlwollen der Arbeitgeber abhängen. Die Ausnahmen müssen weg!

Wir wollen ein wasserdichtes Gesetz, das allen Beschäftigten nutzt.

Löcher passen zum Schweizer Käse, aber nicht zum Recht auf befristete Teilzeit!

Anrede

Der neue Ministerpräsident sagte in seiner ersten Regierungserklärung „Bei uns ist die Welt noch in Ordnung und sie soll es auch bleiben“.

Ich frage mich, wie er zu so einer Aussage kommt? Wo er das hernimmt?

Die Perspektive des DGB ist eine komplett andere!

Wir erleben, dass auch im reichen Freistaat die Altersarmut steigt. Wir erleben, dass zu viele Menschen mit ihrem Einkommen nicht auskommen. Das sind keineswegs „goldene Zeiten“, wie Markus Söder fabuliert. Ganz im Gegenteil.

Auch ein Blick in den aktuellen von der bayerischen Staatsregierung vorgelegten Sozialbericht zeigt, dass viele Menschen real weniger Geld zum Leben haben als noch vor einigen Jahren. Es wachsen die Einkommensabstände und es steigt die Vermögenskonzentration in Bayern. Auch die Armutsgefährdung steigt. Mittlerweile ist jeder Siebte im Freistaat betroffen! Dennoch lässt es sich die Bayerische Staatsregierung nicht nehmen, zu titeln, dass der Wohlstand in Bayern bei den Menschen ankomme. Das ist Ignoranz gegenüber bestehenden Missständen. Hier soll uns ein X für ein U vorgemacht werden.

Wir wollen diese Ungleichheit nicht! Und wir wollen diese Spaltung nicht!

Doch wie erreichen wir hier eine 180 Grad-Wende?

Ich sage euch, das geht, wenn starke Schultern wieder mehr zum Gemeinwohl beitragen. Das heißt, wir brauchen dazu auch eine andere Steuerpolitik.

Der DGB hat mit seinem Steuerkonzept aufgezeigt, was dazu zählt:

Dazu zählt 1. die progressivere Besteuerung höherer Einkommen.

Dazu zählt 2. die stärkere Besteuerung von Vermögen und

dazu zählt 3. auch die stärkere Besteuerung von Erbschaften.

Doch was macht die bayerische Staatsregierung? Sie gibt sich betont erbenfreundlich und versucht Hintertüren für Erben großer Unternehmen zu schaffen, wenn der Betrieb eine sogenannte Familienstruktur aufweist. Damit aber werden Milliarden verschenkt.

Das bedeutet ganz konkret, dass Milliarden an die gehen, die eh schon genug haben. Und dass auf der anderen Seite die Mittel fehlen für das, was für unsere Gesellschaft wichtig wäre. Und wir reden hier nicht von Peanuts!

Ver.di hat allein für 2016 errechnet, dass bundesweit 5 Milliarden Euro an Erbschaftssteuer nicht erhoben wurden.

Insgesamt bringt das DGB-Steuermodell Bayern 6,9 Milliarden an Mehreinnahmen. Geld, das auch dringend gebraucht wird! Zum Beispiel für Schulsanierungen, mehr Kitas, für eine gute Gesundheitsversorgung und eine gute Infrastruktur.

Nach unserem Steuerkonzept werden 95 Prozent aller Haushalte entlastet. Die reichsten fünf Prozent der Steuerpflichtigen werden stärker belastet. Und das ist auch richtig so, denn starke Schultern sollen wieder mehr zum Gemeinwesen beitragen.

Das nenne ich Steuergerechtigkeit.

Und das ist der Weg, den wir gehen wollen!

Anrede

Zu zwei Punkten möchte ich noch etwas sagen. Zum einen zur Bildung, zum anderen zum Thema Wohnen.

Der Bereich Bildung ist ein weiteres Beispiel für Ungerechtigkeiten:

Der soziale Numerus Clausus wirkt nach wie vor: Arbeiterkinder studieren noch immer in der Minderheit an den Hochschulen.

Gerade in Bayern entscheidet noch immer das Portemonnaie der Eltern maßgeblich über die Chance auf gute Bildung und sozialen Aufstieg.

Plakativ ausgedrückt: Kinder von Professoren tragen schon qua Geburt Doktorhut und Talar, Kinder von Klempnern den Schraubenschlüssel in der Hand. Und Kinder von Menschen, die von der Grundsicherung leben: nichts!

Bayern muss wegkommen von einer Politik, die die Vermögenden privilegiert und hin zu einer Politik des sozialen Ausgleichs.

Wir wollen für jedes Kind die beste Förderung, denn jedes Kind ist uns wichtig!

Und die Möglichkeit, sich weiter entwickeln, sich verändern zu können, muss auch im weiteren Lebens- und Erwerbsverlauf gegeben sein. Das hilft auch dabei, dass keiner beim digitalen Wandel auf der Strecke bleibt.

Deshalb brauchen wir mehr Weiterbildung in den Betrieben und Verwaltungen. Jeder und jede Beschäftigte in Bayern braucht ein gesetzlich geregeltes Recht auf Weiterbildung. Und das heißt:

1. die bezahlte Freistellung von der Arbeit,
2. eine existenzsichernde Weiterbildungsförderung, und
3. genügend Beratung und Information, gerade auch für die, die bisher viel zu wenig an Fortbildungsmöglichkeiten hatten.

Die Staatsregierung muss endlich ein Landesweiterbildungsgesetz unter Einbeziehung der Sozialpartner erlassen!

Anrede

Und damit komme ich zum Thema Wohnen: In Bayern fehlt bezahlbarer Wohnraum. Und dabei sind nicht die neu Ankommenden das Problem. Weder sind sie das Problem, noch verursachen sie das Problem. Das Problem ist, dass die Politik in Bayern den sozialen Wohnungsbau dem Markt geopfert hat. Ganz nach dem Motto „Der Markt wird es schon richten“ wurden Grundstücke verkauft und ganze Wohneinheiten gleich mit dazu. Denkt nur an den

GBW-Verkauf in 2013, bei dem der damalige Finanzminister Söder 33.000 Wohnungen verschreibt hat.

Anders ausgedrückt: Das Grundrecht auf Wohnen wurde verhökert.

Lasst uns noch ein bisschen genauer hinschauen:

Der Bestand an Sozialwohnungen in Bayern hat sich seit 1999 halbiert! Im Umkehrschluss heißt das, das Problem wurde verdoppelt.

Zwischen 2004 und 2014 sind in Bayern jedes Jahr mehr Wohnungen aus der Sozialbindung herausgefallen, als neue gebaut wurden. Die Folgen zeigen sich jetzt.

Und dann hat die Staatsregierung im vergangenen Jahr noch die Mittel für den Wohnungsbau gekürzt. Aber man hört und staunt: Nach dem 10-Punkte-Plan des jetzt Ministerpräsidenten Söder sollen nun wieder mehr Mittel in die Wohnraumförderung fließen und sogar eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft gegründet werden. Es ist ja gut, damit seine Fehler eingestanden und daraus zu lernen. Das bringt allerdings den Betroffenen der letzten 20 Jahre gar nichts mehr.

Und: Den Worten müssen auch Taten folgen, um das Schneckentempo beim Wohnungsbau zu beenden.

Mit gerade mal 10.000 Wohnungen, die der Ministerpräsident im sozialen Wohnungsbau bis 2025 vorsieht, geht es aber im Schneckentempo weiter. Das reicht hinten und vorne nicht.

Wenn es darum geht die Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen, ist die Staatsregierung gefordert, den richtigen Gang einzulegen, damit was voran geht.

Nur das hilft gegen Wohnungsnot in Bayern!

Da können wir doch bei Tarifverhandlungen noch so viele Gehaltssteigerungen erkämpfen, davon bleibt wenig übrig, wenn die Mietsteigerungen weiterhin so voranschreiten.

Deshalb wollen wir als DGB Bayern:

Deutlich mehr Sozialwohnungen – mindestens 50.000 müssen dazukommen!

Deutlich mehr Mittel für die Wohnungsbauförderung.

Und Schluss muss sein mit dem Verkauf von Flächen, die im Landesbesitz sind, denn die brauchen wir für mehr Wohnungen!

Anrede

Ich komme zum Ende: Aktuell laufen noch die Betriebsratswahlen, bis Ende Mai noch. Das ist gelebte Demokratie in den Betrieben. Wir stellen eine hohe Wahlbeteiligung und eine hohe Zustimmung für unserer Kolleginnen und Kollegen fest, die dort angetreten sind. Und wir stellen fest, dass bundesweit gerade mal 20 von rund 180 Tausend Betriebsratsmandate an die Vertreter am rechten Rand gegangen sind.

Das ist ganz was anderes, als das was zu viele Medien seit Beginn der Betriebsratswahlen versucht haben hochzuspielen. In Bayern hat es bislang kein einziger Kandidat von einer rechtsextremen Liste geschafft, gewählt zu werden.

Und das ist gut so!

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter engagieren uns: Als Betriebsrätinnen und Betriebsräte, in den Personalvertretungen, in den Jugend- und Auszubildendenvertretungen, in den Sozialversicherungen. Aber nicht nur da. Wir stehen auf gegen Rechts und für Demokratie.

Dabei unterscheiden wir nicht zwischen der Hilfe und Unterstützung für hier Geborene oder neu Hinzugezogene. Die letzten Jahre haben das deutlich gezeigt. Viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben sich engagiert und tun dies noch immer bei der Aufnahme der Geflüchteten.

Die Erfahrungen mit Migrantinnen und Migranten in den Betrieben, woher sie auch kommen mögen, helfen dabei.

Am Arbeitsplatz kommen Menschen unterschiedlichster Nationalität, Religion, Hautfarbe oder Herkunft zusammen. Hier ist es egal, ob Ahmed oder Alfred die Mülltonnen leeren, es ist egal, ob Reinhard oder Ricarda Autos zusammenbauen. Natürlich ist nicht alles konfliktfrei in den Betrieben, aber die Realität zeigt eines deutlich: Integration funktioniert.

Für uns geht es um gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle, die hier leben. Für uns geht es um die konkrete Integration. Es geht darum, die Menschen in Ausbildung und Arbeit zu bringen.

Das, was die bayerische Staatsregierung plant, zielt nicht auf Integration, sondern auf Spaltung. Es werden Feindbilder konstruiert, gegen die sich die Einheimischen wehren sollen. Was Trump mit seiner Mauer gegen Mexiko vorhat, plant Söder in Bayern: Eine bayerische Grenzpolizei, ein bayerisches BAMF, eine bayerische Kavallerie.

Der Subtext dieser Botschaften ist immer die angebliche Verteidigung der Einheimischen gegen Fremde. Oder der Christen gegen Muslime. Damit wird ein gesellschaftliches Klima erzeugt, das Feindbilder produzieren soll. Allerdings kann dieser Schuss nur nach hinten losgehen.

Es ist noch nie gelungen, Rechtsextreme zu bekämpfen, indem man ihre Positionen übernimmt. Stattdessen brauchen wir konkrete Hilfen für alle, die diese Hilfe brauchen.

Das ist unser Anspruch auch für die bayerische Landtagswahl. Die Durchsetzung gleicher Bedingungen für alle Beschäftigten hilft auch den neuen Beschäftigten und verhindert die Spaltung der Arbeitswelt und die Spaltung unserer Gesellschaft.

Im Gegensatz zu vielen anderen Menschen auf der Welt haben wir das große Glück, in einem demokratischen Staat zu leben. Das bedeutet, dass wir alle die Wahl haben. Auch bei der anstehenden Landtagswahl haben wir dank der Demokratie die Wahl, wem wir den Auftrag erteilen, unsere Interessen bestmöglich zu vertreten. Mit unserer freien Entscheidung müssen wir wiederum demokratische Kräfte stärken. Denn die demokratischen Kräfte sind es, die für das System stehen, das uns diese Wahl überhaupt erst ermöglicht!

Gruppierungen, die die Grundfeste der Demokratie mit Füßen treten, die rassistisch und menschenverachtend auftreten und für unsere Demokratie eine Gefahr darstellen, haben unsere Stimmen jedenfalls nicht verdient.



In diesem Jahr feiern wir 100 Jahre Frauenwahlrecht. Auch Frauen sind noch stärker dazu aufgerufen, sich zu beteiligen. Alle Personengruppen sollten von ihrem Recht auf Mitbestimmung Gebrauch machen. Denn das ist das Wesen unserer Demokratie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir wissen, soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft gibt es nur mit uns. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen!